KOMMENTARE

Schweres Spiel

Frank Schmidt-Wyk zur Kostendebatte im Fußball

frank.schmidt-wyk@vrm.de

Das neu formierte Stürmerduo Mäurer/Lewentz macht ganz schön Wirbel – und das, obwohl es bislang ohne jede Unterstützung aus dem eigenen Mittelfeld agiert. Fraglich, ob sich das ändern wird. Bislang spricht jedenfalls wenig dafür, dass weitere Innenpolitiker den Kollegen aus Bremen und Mainz zur Seite springen werden bei dem Unterfangen, die DFL an den Kosten von Polizeieinsätzen bei Fußballspielen zu beteiligen. Merkwürdig eigentlich, denn in vielen anderen Ländern ist die Haushaltslage ähnlich angespannt wie an der Weser und am Rhein – anscheinend aber noch nicht angespannt genug, um den oder die jeweiligen heimischen Bundesligisten zu verstimmen. Vor dem Hintergrund leerer öffentlicher Kassen auf der einen und fast schon unverschämter Umsätze im Milliardengeschäft Fußball auf der anderen Seite hat die Idee, die DFL in puncto Sicherheit zur Kasse zu bitten, Charme. Um eine reelle Chance auf Umsetzung zu haben, bedarf der Vorstoß allerdings auch einer inneren Logik, die vor Gericht standhält. Und das ist bislang durchaus der Fall, wie die Gegner des Bezahlmodells verdutzt zur Kenntnis nehmen mussten, als im Februar das Bremer Oberverwaltungsgericht sein Urteil verkündete und die von der DFL vertretene Rechtsauffassung vom Tisch fegte. Nun kommt alles darauf an, wie das Bundesverwaltungsgericht den Fall sieht. Mäurer und Lewentz mögen vorerst weiter im gegnerischen Strafraum in der Luft hängen – nach der Klarheit des Bremer Urteils dürfen sie sich aber berechtigte Hoffnungen auf einen Schiedsrichterpfiff aus Leipzig machen, der das Spiel zu ihren Gunsten entscheidet.

Stürmer aus Mainz und Bremen hängen in der Luft

Nachgerüstet

Holger Möhle zur Bundeswehr

politik@vrm.de

Ursula von der Leyen rüstet die Truppe – und auch sich selbst. Die Mängelliste bei der Bundeswehr ist lang, der Investitionsstau erheblich, die Armee im Einsatz steht unter Druck. Ausfälle beim Großraumtransporter A400M, von sechs U-Booten zeitweise keines einsatzfähig, einem Panzerlehrverband, der Teil der Nato-Speerspitze werden soll, fehlen einsatzfähige Panzer und für Flugstunden von Hubschrauber-Piloten mussten auch schon Helikopter des ADAC angemietet werden. Die deutsche Verteidigungsministerin hat auf solche Meldungen gerne mit dem Reflex reagiert, sie könne nicht in kurzer Zeit nachholen, was über viele Jahre abgebaut worden sei. Doch wahr ist auch: Von der Leyen ist mittlerweile im fünften Jahr Inhaberin der Befehls- und Kommandogewalt. Irgendwann werden die Mängel der Truppe auch ihre eigenen. Will die ehrgeizige Verteidigungsministerin tatsächlich die Erste sein, die sich zwei Legislaturperioden auf diesem Schleuderstuhl hält, muss sie gegensteuern. Von der Leyen rüstet die Bundeswehr mit 18 Großprojekten für die Erfordernisse ihrer Einsätze nach, vor allem rüstet sie die Armee im Einsatz besser aus. Und das ist überfällig. Die Bundeswehr braucht für ihre Auslandsmissionen verlässlichen Lufttransport, Fernmeldetechnik, Aufklärung, Schutz, Abwehr. Es geht dabei auch um die Zukunftsfähigkeit der Bundeswehr, an der von der Leyen auch im eigenen Interesse nicht vorbeikommt. Leider ist es ihr bislang nicht gelungen, dass verfilzte Beschaffungsmilieu im Dreieck Rüstungsindustrie, Beschaffungsamt und Ministerium zu beseitigen.

Mängel der Truppe holen von der Leyen ein

PRESSESTIMME

Berliner Zeitung

Das Blatt aus der Bundeshauptstadt zur Kriminalstatistik

Die Statistik gibt weniger Aufschluss über die Kriminalität als über uns, die Deutschen. (...) Ja, wir sind eine unsichere, nervöse und teilweise sogar hysterische Gesellschaft geworden, in der die allgemeine Furcht und das persönliche Erleben zunehmend auseinanderklaffen (...). Die „Flüchtlingskrise“ und die teils unkontrollierte Zuwanderung von über einer Million Menschen haben die Unsicherheit (...) einerseits vergrößert und andererseits überhaupt erst sichtbar gemacht. Und jeder neue Zwischenfall zumal unter Beteiligung von Migranten, setzt das Perpetuum mobile der Angst aufs Neue in Gang.

„Jetzt nur nicht kleckern!“ Karikatur: Luff

ÜBRIGENS

Für seinen Staatsbesuch in den USA hat Frankreichs Präsident Emmanuel Macron **etwas Ungewöhnliches im Gepäck**: eine junge Eiche von einem Gefechtsschauplatz aus dem Ersten Weltkrieg. Das Geschenk an US-Präsident Donald Trump solle die **Dankbarkeit an die USA ausdrücken**, die Opfer für Frankreich gebracht hätten. Der Baum stammt aus dem Wald von Belleau nordöstlich von Paris. Im Juni 1918 war der Ort Schauplatz eines Gefechts, bei dem die US-Marine eine deutsche Offensive abgewehrt und fast 2000 ihrer Männer verloren hatte. „Während des Ersten Weltkriegs, während des Zweiten Weltkriegs, **als unsere Freiheit angegriffen wurde**, kamen Tausende Ihrer Leute hierher und starben hier für mein Land“, sagte Macron. Er hoffe, dass der Setzling auf dem Gelände des Weißen Hauses gepflanzt werde. Im Gegenzug erhalten die Macrons ein eingerahmtes Polsterstück von einem Stuhl im Weißen Haus. Darauf ist ein von Lorbeeren umgebener Steinadler zu sehen.

„Das Herz in die Hand nehmen“

PLATZECK Vorsitzender des Deutsch-Russischen Forums appelliert sowohl an Moskau als auch an den Westen

DARMSTADT/BERLIN. Matthias Platzeck, Vorsitzender des Deutsch-Russischen Forums, bezeichnet die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland als „Scherbenhaufen“. Seine Konsequenz: Der SPD-Politiker appelliert sowohl an Moskau als auch an den Westen, „das Herz in die Hand zu nehmen“.

Herr Platzeck, die Beziehungen Deutschlands zu Russland sind auf einem Tiefpunkt. Aus vielen Gründen. Was macht Deutschland falsch?

Wir stehen vor einem Scherbenhaufen. Die kürzliche Wortmeldung des Bundespräsidenten zur Entfremdung unserer Völker war doch kein Zufall. Russland ist nicht an allem schuld, was derzeit schief läuft in der Welt. Wir müssen versuchen zu verstehen, warum die Russen das tun, was sie tun.

Wo würden Sie mit dem Verstehen beginnen?

Zum Beispiel hätte es ohne Russland die deutsche Einheit nicht gegeben. Vor allem Frankreich und Großbritannien wollten damals etwas anderes. Außerdem hat Russland in einer historisch beispiellosen Großaktion von 1991 bis 1994 ohne Bedingungen 500 000 Soldaten aus Deutschland abgezogen – mit Blick darauf erwarten sie heute mehr Verständnis von uns.

Das sind unbestritten große Verdienste. Aber rechtfertigt das mit Blick in die Gegenwart jedweden Langmut, etwa mit Blick nach Syrien?

Nein, natürlich nicht. Aber auch hier muss man genauer hinschauen. Moskau reklamiert Maßstäblichkeit und Verhältnismäßigkeit. Nehmen Sie etwa den Krieg im Irak, den die USA 2003 auf der Basis der Chemiewaffenlüge begonnen haben und der zehntausende Tote zur Folge hatte. Gab es da vergleichbare Reaktionen Deutschlands und anderer? Oder ist Saudi-Arabien jemals so wie Russland wegen homophober Gesetzgebung in die Kritik geraten?

Sie plädieren also für ein Ende der Sanktionspolitik?

Die Sanktionen haben nichts bewirkt. Auf allen Feldern ist die Situation heute schlimmer als vorher.

Abgesehen von wirtschaftlichen Interessen: Müssen wir das nicht in Kauf nehmen?

Die Stimmung in Russland ist so antiwestlich wie noch nie. Selbst unter Breschnjew war der Westen immer ein Sehnsuchtsort, vor allem Deutschland. Wir sind dabei, das russische Volk, die Menschen zu verlieren.

Und Russland? Macht Russland keine Fehler?

Doch. Russland verschließt sich zum Beispiel oft wie eine Muschel. Das sind sowjetische Reaktionsmuster, die zu ähnlichen Fehlentwicklungen wie in der früheren UDSSR oder auch der DDR führen. Ich wünsche mir von der russischen Führung mehr Mut zu einer offenen Zivilgesellschaft. Aber davor haben sie Angst. Diese Tendenzen sind allerdings auch in EU-Ländern wie Ungarn und Polen zu beobachten.

Und das führt automatisch zur Lage in der Ukraine, im Baltikum oder zum Fall Skripal?

Russland hat traditionell sehr wenig zum Thema „Soft Power“ in seinen Genen. Im Baltikum hätte ich dennoch auf eine souveränere Haltung Moskaus gehofft. Also mehr Vertrauensarbeit und kleinere Militärmanöver. In der Ukraine hingegen hätte eine kluge Politik des Westens manches verhindern können.

Inwiefern?

Es gibt für jede russische Regierung, die Regierung bleiben will, No-Gos. Dazu zählen amerikanische Kreuzer in Sewastopol. Putin hatte dazu schon in seiner Rede im Bundestag 2001 das entscheidende Stichwort geliefert: Er will oder wollte eine Sicherheitspartnerschaft mit dem Westen, aber auf Augenhöhe. Dazu ist es bis heute nicht gekommen.

Und Skripal? Ist dieser Fall nicht trotzdem ein Teil der hybriden Aggression, der sich Russland mittlerweile bedient?

Ich kann mir nur wenige Monate vor der Fußball-Weltmeisterschaft, in die Russland Milliarden investiert hat, die es eigentlich gar nicht hat, kein plausibles Motiv in Moskau vorstellen, sich selbst so in Misskredit zu bringen. Russland bedeutet die WM unglaublich viel.

Das klingt alles plausibel. Aber kann man dem Wladimir Putin des Jahres 2018 wirklich noch trauen?

Als die Russen in den 90ern schwach waren, haben wir sie fast romantisch geliebt. Heute ist das anders: Wir müssen uns daran gewöhnen, dass Russland wieder eigene Interessen hat und diese auch formuliert. Im Mittleren Osten und anderswo ist ohne Russland nichts mehr zu lösen.

Trotz der Situation in Syrien fordern Sie also ein Umdenken.

Geschichte wiederholt sich nicht, aber wir können aus ihr lernen. 1968 hatte die UDSSR gerade den Prager Frühling blutig niedergeschlagen. Und in dieser Situation prägten Willy Brandt und Egon Bahr das Motto „Wandel durch Annäherung“. Es gibt Situationen in der Politik, da muss man das Herz in die Hand nehmen. Das wäre heute trotz des geschwundenen Vertrauens zwischen Putin und Merkel immer noch möglich.

Warum?

Deutschland hält sich in Syrien abseits. Das hilft zumindest aktuell. Und dann ist Angela Merkel sehr lange im Amt. Vor so etwas hat man in Russland immer Respekt. Merkel gilt, vielleicht gemeinsam mit Emmanuel Macron, immer noch als diejenige, die in Europa etwas bewegen kann.

Das Interview führte Lars Hennemann.

INTERVIEW

ZUR PERSON

▶ **Matthias Platzeck** (64) war bis 2013 SPD-Ministerpräsident des Landes Brandenburg. Von 2005 bis 2006 war er Bundesvorsitzender der Sozialdemokraten. Seit März 2014 ist er Vorsitzender des Deutsch-Russischen Forums, einem Verein zur Völkerverständigung.

„Die Sanktionen haben nichts bewirkt. Auf allen Feldern ist die Situation heute schlimmer als vorher“ – sagt Matthias Platzeck. Foto: dpa

Verschwender auf der Hardthöhe

BUNDESRECHNUNGSHOF Bericht wirft Bundeswehr Mängel bei Rüstungsverträgen vor / Steuerzahler müssen Zusatzkosten begleichen

Von Holger Möhle

BERLIN. Wieder die Truppe. Alle Jahre wieder. Wenn der Bundesrechnungshof in diesen Tagen seine „Bemerkungen 2017“ zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Bundes durch weitere Prüfergebnisse ergänzt, liefert die Bundeswehr erneut zwei relevante Fälle, in denen Geld der Steuerzahler unnötig verschwendet wird. In einem Fall haben Planer die Neuausrichtung von IT-Systemen auf Fregatten so schlecht gesteuert, dass sich die Kosten der geplanten Modernisierung pro Schiff von sechs Millionen Euro auf 30 Millionen Euro verfünffacht hätten. Die Modernisierung der IT-Systeme, die Radaranlagen und Waffen steuerten, verzögere sich deshalb um Jahre, schreiben die Rechnungsprüfer der Bonner Behörde in ihren jüngsten Bemerkungen.

BRH-Präsident Kay Scheller kritisierte: „Bevor die Bundeswehr eine Leistung abnimmt, muss sie sicherstellen, dass sie auch funktioniert.“ Die Truppe müsse bei derart komplexen Verfahren genau planen und steuern.

So habe die Bundeswehr bei der Ausschreibung für dieses neue IT-System die Anforderungen im Vertrag nur unzureichend beschrieben und auch „kein effektives Qualitätsmanagement“ eingerichtet, monierten die Rechnungsprüfer. Wegen der schlechten Vertragsgestaltung habe die Bundeswehr die Mehrkosten, die nun der Steuerzahler übernehmen müsse, auch nicht dem Auftragnehmer anlasten können. Zudem habe das Militär vereinbart, wesentliche Teile des IT-Systems erst nach Abnahme zu testen. Ähnliche Mängel bei der Gestaltung solcher Rüstungsverträge hatte der Bundesrechnungshof schon in der Vergangenheit mehrfach angezeigt.

In einem weiteren Fall stellten die Rechnungsprüfer fest, dass die Bundeswehr Eurofighter-Flugsimulatoren nicht in vollem Umfang nutze, obwohl der Truppe Flugzeuge für die Piloten-Ausbildung fehlten. Nach Vorgabe der Nato sollen Eurofighter-Piloten jedes Jahr 180 Flugstunden absolvieren. Davon könnten 40 Flugstunden in den Simulatoren absolviert werden. Die Nato-Forderung erfüllen laut Rechnungshof nur wenige Piloten. Im vergangenen Jahr hatte die Luftwaffe 900 gebuchte und bereits bezahlte Simulatoren-Flugstunden nicht abgerufen.